

Fragestunde – Heure des questions

94.5135

Frage Kern

Aufteilung der Motorfahrer-Rekrutenschulen in zwei Hälften

Question Kern

Ecoles de recrues des troupes motorisées

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Anlässlich der miserablen Finanzlage unseres Bundeshaushaltes will das EMD in der Armee Einsparungen machen. «Ab 1995 werden die Motorfahrer-Rekrutenschulen (Frühjahr und Sommer) in zwei Teilen geführt. Um ausgeglichene Bestände zu garantieren, müssen 50 Prozent der ausgehobenen Motorfahrerrekruuten dazu angehalten werden, die Rekrutenschule in zwei Hälften aufzuteilen. Der zweite Teil der Rekrutenschule darf jedoch höchstens bis zu einem Jahr hinausgeschoben werden.» Die Zumutung an unsere jungen Männer, damit das Arbeitsproblem gleich zweimal irgendwie zu bewältigen, kommt mir etwas seltsam vor.

Trifft es zu, dass ab 1995 Motorfahrer-Rekrutenschulen in zwei Hälften aufgeteilt werden sollen? Wenn ja, weshalb?

Angesichts der heutigen Arbeitsstellenknappheit dürfte es auf der Hand liegen, dass unter diesen neuen Regelungen die Arbeitslosenquote steigen würde. Kann man unsere Arbeitslosenkasse tatsächlich noch mehr belasten?

Texte de la question du 13 juin 1994

Vu l'état de misère dans lequel se trouvent les finances de la Confédération, le DMF veut faire des économies dans l'armée. A partir de 1995, nous dit-on, les écoles de recrues des troupes motorisées de printemps et d'été seront scindées en deux parties, 50 pour cent des recrues devant faire leur école en deux fois pour équilibrer les effectifs. On ajoute qu'elles pourront repousser la seconde partie d'un an au maximum. Qu'on oblige par là même ces jeunes à affronter deux fois les problèmes d'emploi me semble étrange.

Est-il vrai que les écoles de recrues des troupes motorisées seront scindées en deux à partir de 1995 et, si oui, pourquoi? Les emplois étant rares à l'heure actuelle, le chômage ne peut que s'aggraver avec cette nouvelle disposition. Peut-on se permettre de grever davantage la caisse d'assurance-chômage?

Villiger Kaspar, Bundesrat: Fast bedaure ich es, nicht mehr in Ihren Reihen zu sitzen. Es hätte mich etwas «gezwickt», auch noch eine persönliche Erklärung zum Thema «Blauhelme» abzugeben, aber ich bescheide mich jetzt auf das einfache Problem der Motorfahrer in den Rekrutenschulen.

Um den Bedarf an Lastwagenführern zu Beginn der Rekruten-, Unteroffiziers- und Offiziersschulen decken zu können und um nicht WK-pflichtige Motorfahrer aufbieten zu müssen, soll in der «Armee 95» etwa ein Drittel der jährlich auszubildenden Lastwagenführer die Rekrutenschule in zwei Teilen absolvieren. Der zweite Teil der Rekrutenschule, nämlich acht Wochen, soll in einer folgenden Schule, spätestens im folgenden Jahr, geleistet werden. Betroffen davon sind jährlich rund 500 Motorfahrerrekruuten; die restlichen 1000 Motorfahrer werden ihre Rekrutenschule wie bisher an einem Stück absolvieren.

Bereits bei der Aushebung werden die Motorfahreranwärter auf die beiden Rekrutenschulvarianten aufmerksam gemacht; sie haben in der Folge genügend Zeit, sich mit dem Arbeitgeber oder der Schulleitung um eine Lösung zu bemühen. Anlässlich der Eignungsprüfung, die vor der Rekrutenschule

stattfindet, werden mit jedem Kandidaten die anstehenden Probleme besprochen. Wenn immer möglich wird der Wunschvariante des Kandidaten entsprochen.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass die Aufteilung der Rekrutenschule für viele Rekruten, beispielsweise solche mit landwirtschaftlichen Berufen, berufliche Vorteile bringt und von diesen geschätzt wird. Der Bundesrat glaubt deshalb nicht, dass die kleine Zahl von betroffenen Rekruten die Arbeitslosenkasse zusätzlich belasten wird.

Sollte sich das System nicht bewähren, möchte ich noch beifügen, so ist es jederzeit möglich, wieder Änderungen vorzunehmen.

Kern Armin (A, ZH): Herr Bundesrat, ich möchte Sie fragen: Wie viele Millionen Franken in etwa kann man im Jahr einsparen, wenn man diese Zweiteilung macht?

Villiger Kaspar, Bundesrat: Ich kann Ihnen diese Zahl nicht angeben. Das Problem ist ein anderes: Wenn wir WK-Soldaten aufbieten müssen in einer Zeit, wo wir volle Bestände möchten – es ist auch Sinn der neuen Armee, nicht mit fünfzig- oder sechzigprozentigen WK-Beständen arbeiten zu müssen –, ist natürlich jeder WK-Soldat, den wir für Schulen aufbieten müssen, ein Problem. Es ist also keine Frage der Kosten, sondern ein Problem der Ökonomie der Ausbildung und des Einsatzes der «human resources», wenn man so will. Aber eine Zahl kann ich Ihnen aus dem Stegreif nicht sagen.

94.5144

Frage Chevallaz

F/A-18-Kompensationsgeschäfte

Question Chevallaz

Accords compensatoires relatifs à l'acquisition des F/A-18

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Das Westschweizer Fernsehen sendete in der «Tagesschau» vom vergangenen 27. Mai einen Beitrag über die direkten und indirekten Kompensationsgeschäfte. Unter Bezugnahme auf diesen Bericht ersuche ich den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

Welches sind die spürbaren Ergebnisse, die man heute, ein Jahr nach der Volksabstimmung vom 6. Juni 1993, verzeichnen kann? Das Stimmverhalten wurde damals durch die Ankündigung von Kompensationsgeschäften in der Höhe von über 2,5 Milliarden Franken sicher beeinflusst. Dieser Aspekt hatte viele Romands zu überzeugen vermocht, der Vorlage zuzustimmen, bestand doch für eine beträchtliche Anzahl von Unternehmen in der Westschweiz die Aussicht, von direkten Kompensationsgeschäften profitieren zu können.

Sind die Perspektiven für die Westschweiz immer noch so erfreulich wie angenommen, oder ist mit Einschränkungen zu rechnen?

Texte de la question du 13 juin 1994

Faisant suite à une séquence du «TJ» de la Télévision suisse romande en date du vendredi 27 mai dernier, séquence relative aux accords compensatoires directs et indirects, je prie le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

Quels sont les résultats tangibles que l'on peut aujourd'hui produire, 12 mois après le vote populaire du 6 juin 1993? Le vote favorable était certainement dû en partie à l'annonce d'accords compensatoires pour un montant supérieur à 2,5 milliards de francs, un argument qui avait convaincu beaucoup de Suisses romands, un nombre considérable d'entreprises concernées par les accords compensatoires directs étant situées précisément en Romandie.

Pour la Suisse romande, les perspectives sont-elles toujours aussi réjouissantes qu'il avait été annoncé, ou faut-il les réviser à la baisse?

Villiger Kaspar, Bundesrat: Die indirekte Beteiligung der einheimischen Industrie an der Flugzeugbeschaffung verläuft erfreulich gut. Bis Ende 1993 konnten Ausgleichsgeschäfte im Gegenwert von rund 610 Millionen Franken abgeschlossen werden. Wir berechnen das halbjährlich, so dass ich Ihnen die Zahlen von Ende dieses Monats noch nicht geben kann. Daran beteiligt sind bis jetzt rund 200 Schweizer Unternehmen in 22 Kantonen. Wertmässig ist die Westschweiz mit rund 16 Prozent daran beteiligt.

In der erwähnten Fernsehsendung wurde richtigerweise darauf hingewiesen, dass interessierte Schweizer Firmen eigene Anstrengungen für den Verkauf ihrer Produkte unternehmen müssen, wenn sie von diesem Teilnehmungsabkommen im Rahmen der Flugzeugbeschaffung profitieren wollen. Es fällt ihnen also nicht in den Schoss. Das Kompensationsabkommen befreit nicht von eigenen Marketinganstrengungen.

Die genannten Zahlen über den Stand der Ausgleichsgeschäfte stimmen den Bundesrat zuversichtlich. Die Chancen der Schweizer Unternehmen, auch derjenigen in der Westschweiz, sind intakt, wenn die Firmen konkurrenzfähig sind und die nötigen Anstrengungen unternehmen.

94.5151

Frage Borer Roland
Mehrwertsteuererhebung.
Verunsicherung der Gemeinden

Question Borer Roland
Prélèvement de la TVA par les communes

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Verschiedenen Gemeinden ist unklar, ob für kommunale Dienstleistungen, wie z. B. die Wasserversorgung und -entsorgung, die Kehrichtentsorgung u. a. m., ab dem kommenden Jahr Mehrwertsteuer erhoben werden muss.

Ist dem so, und, wenn ja, ist es überhaupt zulässig, auf Gebühren eine Steuer zu erheben?

Texte de la question du 13 juin 1994

Diverses communes se demandent si elles vont devoir, à partir de l'an prochain, prélever la TVA sur les prestations de services qu'elles fournissent, par exemple sur l'approvisionnement en eau et l'élimination des eaux usées ou des ordures ménagères.

Est-ce que ce sera le cas? Dans l'affirmative, auront-elles vraiment le droit de percevoir un impôt sur des taxes?

Stich Otto, Bundespräsident: Gebühren stellen nichts anderes dar als den Preis einer öffentlichen Leistung, also das Entgelt für eine Warenlieferung oder eine Dienstleistung. Wird eine öffentliche Dienstleistung nicht in Ausübung der hoheitlichen Gewalt erbracht, so unterliegt sie der Mehrwertsteuer. Dies ist für die in der Frage angeführten Beispiele der Fall. Zur Gewährleistung der Konkurrenz mit Privatunternehmen, die ähnliche Aufgaben wahrnehmen, ist dies notwendig.

94.5163

Frage Leu Josef
Leistungen des Gesundheitswesens

Question Leu Josef
Santé publique. Prestations

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer wurde die Frage akut: Was gehört zu den Leistungen des Gesundheitswesens? Im Verordnungstext werden tierärztliche Leistungen ausgegrenzt, obwohl Tierärzte tagtäglich Zoonose-Prophylaxe betreiben.

Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass tierärztliche Leistungen ein wichtiger Teil des öffentlichen Gesundheitswesens sind?

Texte de la question du 13 juin 1994

Concernant l'introduction de la TVA, la question suivante se pose: quelles sont précisément les prestations du domaine de la santé publique? Le texte de l'ordonnance ne mentionne pas, en effet, les prestations des vétérinaires bien que ceux-ci préviennent chaque jour des zoonoses.

Le Conseil fédéral n'est-il pas lui aussi d'avis que les prestations des vétérinaires constituent une partie importante des prestations du domaine de la santé publique?

Stich Otto, Bundespräsident: Im Rahmen der Modernisierung der Umsatzsteuer hatte der Bundesrat vorgeschlagen, Tierärzte von der Steuerpflicht auszunehmen. Die eidgenössischen Räte lehnten diesen Vorschlag jedoch ab, und zwar hauptsächlich mit dem Argument, dass er nicht im Einklang mit dem Recht der Europäischen Union stehe.

Leu Josef (C, LU): Zwar wurde die Diskussion anlässlich der Debatte über die Mehrwertsteuer entfacht. Die steuerrechtliche Frage steht aber nicht im Vordergrund. Es geht um ein grundsätzliches Anliegen. Es geht um ein gesundheitspolitisches Anliegen, das einer Klärung bedarf: ob nämlich tierärztliche Leistungen ein Teil des öffentlichen Gesundheitswesens sind oder nicht. Darum habe ich dann die Frage auch an die zuständige «Gesundheitsministerin» gestellt. Leider hat die Bundeskanzlei die Triage nicht meinem Anliegen entsprechend gemacht.

Nun zur Frage an den Vertreter des Bundesrates:

1. Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass Ausnahmen von einem Grundsatz ebenfalls in der Verfassung stehen müssten?

2. Sie haben, Herr Bundespräsident, die Europakompatibilität angesprochen. Ich weiss aber aus verlässlichen Quellen, dass zum Beispiel in Deutschland steuerrechtliche Vorschriften nicht auf Verfassungsstufe liegen, sondern vom Bundestag verabschiedet werden.

Stich Otto, Bundespräsident: Ich möchte dem Fragesteller noch einmal sagen, dass die eidgenössischen Räte diesen Vorschlag abgelehnt haben. Damit ist die Frage für mich entschieden. Wenn die Räte etwas beschlossen haben, beschliessen wir nicht das Gegenteil.

In bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Diese kann andere Regelungen treffen. Das ist eine ganz andere Frage, die hier nicht zur Diskussion steht.

Die eidgenössischen Räte haben diesen Vorschlag abgelehnt, und damit ist die Sache für mich erledigt.

94.5153

Frage Bühler Gerold
Drittes Sanierungsprogramm.
Stand der Arbeiten

Question Bühler Gerold
Troisième programme d'assainissement.
Etat des travaux

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Mit deutlichem Mehr ist in der Wintersession 1993 die Motion zur Bremsung des Ausgabenwachstums überwiesen worden. Darin wird gefordert, dass die mit den notwendigen Ausgabenkürzungen zusammenhängenden Änderungen von Bundesgesetzen oder Bundesbeschlüssen möglichst auf die Herbstsession 1994 hin vorzuschlagen sind.

Wann sieht der Bundesrat vor, das dritte Sanierungsprogramm zuhanden der Räte zu verabschieden? Ist dabei sichergestellt, dass die Kantone rechtzeitig über die für sie massgeblichen Budgetgrundlagen informiert werden?

Texte de la question du 13 juin 1994

La motion intitulée «Frein à la croissance des dépenses» a été transmise lors de la session d'hiver 1993 à une nette majorité. Elle demandait que le Conseil fédéral propose si possible au cours de la session d'automne 1994 les modifications de lois ou d'arrêtés relatives aux restrictions budgétaires nécessaires.

Quand le Conseil fédéral prévoit-il d'adopter le troisième programme d'assainissement à l'intention des Chambres? Est-il certain que les cantons seront informés à temps des rubriques du budget qui les intéressent?

Stich Otto, Bundespräsident: Der Bundesrat hat die Vorarbeiten im Hinblick auf das dritte Sanierungsprogramm an die Hand genommen. Er hat auch bereits über gewisse Elemente dieses Programms entschieden. Allerdings muss klar festgehalten werden, dass die vom Bundesrat bisher akzeptierten Sparmassnahmen nicht genügend Substanz für eine Vorlage an das Parlament aufweisen. Der Bundesrat wird jedoch alles tun, um eine Sanierungsbotschaft zusammen mit der Budgetbotschaft im Oktober dieses Jahres zu verabschieden. Im Rahmen des vorgesehenen mündlichen Konsultationsverfahrens werden sich auch die Kantone zur Vorlage äussern können. Die mit der Sanierungsbotschaft im Parlament zu beantragenden Gesetzesänderungen werden in aller Regel erst ab 1996 finanzielle Auswirkungen zeitigen, so dass die Kantone rechtzeitig über die notwendigen Unterlagen für ihre Budgetierung verfügen werden.

94.5139

Frage Bär
Bilaterale Verhandlungen und Neat-Kredite

Question Bär
Négociations bilatérales et crédits NLFA

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Den Medien war zu entnehmen, Staatssekretär Blankart habe letzte Woche bei seinem Besuch in Athen betreffend bilaterale Verhandlungen der EU gedroht, die Schweiz würde die Kredite für die Neat einfrieren, falls sich «auf der anderen Seite nichts bewege».

Hat Staatssekretär Blankart diese Aussage tatsächlich gemacht? Wenn ja, entspricht sie auch der Meinung des Bundesrates?

Texte de la question du 13 juin 1994

Les médias ont rapporté que le secrétaire d'Etat, M. Franz Blankart, en visite à Athènes la semaine dernière pour des négociations bilatérales avec l'EU, aurait affirmé que la Suisse bloquerait les crédits réservés à la NLFA si rien ne bougeait «de l'autre côté».

M. Blankart a-t-il vraiment tenu ces propos? Si oui, le Conseil fédéral partage-t-il cette opinion?

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Lors de sa visite à la présidence de l'Union européenne à Athènes, M. Blankart a rappelé à ses interlocuteurs, ainsi qu'il l'a fait à la presse, que l'Accord de transit comportait de part et d'autre un engagement complémentaire: celui de la construction de la Nouvelle ligne ferroviaire à travers les Alpes (NLFA) du côté suisse, celui de la conclusion des accords sur le transport routier et sur l'aviation civile du côté de l'Union européenne.

A la question d'une journaliste, concernant la mise en cause de la construction des NLFA, en cas de non-ouverture des négociations «Transports», M. Blankart a répondu dans son meilleur anglais – et Dieu sait si c'est quelque chose que l'anglais de M. Blankart – qu'une telle hypothèse créerait un problème. Il s'est bien entendu abstenu d'exprimer quelque menace que ce soit, et M. Blankart, ainsi, n'a fait part que de l'opinion du Conseil fédéral, lequel Conseil fédéral garde la question ouverte si, décidément, les négociations sur les accords bilatéraux devaient encore tarder très longtemps.

Bär Rosmarie (G, BE): Herr Bundesrat, finden Sie es nicht trotzdem problematisch, wenn in diesem Klima, in dem die bilateralen Verhandlungen geführt werden müssen, solche Äusserungen fallen? Ist es nicht so, dass das Transitabkommen keinerlei Anhaltspunkte und Rechtsgrundlagen enthält, um die EU allenfalls zu Baugeldern für die Neat verpflichten zu können?

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Ce problème ne relève pas de mon département, Madame Bär. La question, en tout cas, d'une participation au financement, au cas où des accords bilatéraux ne parviendraient pas à être trouvés, devra être posée. Elle pourrait l'être à l'Union européenne, quitte à trouver les bases juridiques – comme vous dites – d'un tel accord. Mais ces bases juridiques présupposent justement une négociation préalable avec l'Union européenne, ce qui fait qu'on est un peu dans un circuit fermé et qu'on risque de tourner en rond.

C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral n'a pris aucune initiative dans cette direction et qu'il ne sera amené à en prendre une que si, véritablement, nous n'obtenons aucun feu vert et aucun signe de la part de l'Union européenne en matière de négociation sur les transports.

94.5141

Frage Reimann Maximilian
Deregulierung im Warenverkehr

Question Reimann Maximilian
Trafic de marchandises. Déréglementation

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Ist der Bundesrat bereit, im Interesse einer Belebung der Wirtschaft und des Wettbewerbs sowie zur Vermeidung unnötiger Aufwendungen der Wirtschaft und auch der Verwaltung, seinen Departementen und seinen Bundesämtern die Weisung zu erteilen, dass bei Importwaren analoge Bedingungen von Staaten der EU anerkannt werden?

Können analoge Bewilligungen für das Inverkehrbringen von Waren, die in EU-Mitgliedländern erteilt werden, auch von der Schweiz übernommen werden?

Texte de la question du 13 juin 1994

Le Conseil fédéral est-il prêt, afin de revitaliser l'économie, de favoriser la concurrence et d'éviter à l'économie ainsi qu'à l'administration des frais inutiles, à donner des instructions à ses départements et à ses offices, de sorte que la Suisse applique les mêmes règles que les Etats de l'Union européenne lors de l'importation de marchandises?

Les autorisations délivrées par les Etats membres de l'Union pour permettre la mise en circulation des marchandises pourraient-elles être reprises par la Suisse?

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Nous avons répondu à la motion du groupe démocrate-chrétien du 18 décembre 1992 à propos de la réduction des barrières à l'accès au marché.

Nous avons souligné alors la nécessité de soumettre les produits suisses à des règles semblables à celles de nos principaux partenaires commerciaux. Le Conseil fédéral, ainsi, a décidé – c'était le 30 juin de l'année dernière – un large programme d'adaptation des prescriptions techniques suisses à celles notamment de l'Union européenne. La loi fédérale sur l'élimination des entraves techniques au commerce devrait permettre, Monsieur Reimann Maximilian, d'entériner ce principe. L'adaptation des prescriptions suisses à celles de nos principaux partenaires commerciaux au niveau législatif viendrait donc compléter cette similitude. Cette loi a été mise en consultation le 6 juin dernier – c'est donc très récent – et nous souhaitons que le Parlement, le moment venu, lorsque le Conseil fédéral lui présentera le message relatif à cette question, puisse y donner suite. Nous y avons tout intérêt, puisque ce que nous avons obtenu dans le cadre de la négociation de l'Espace économique européen a disparu par le non du peuple suisse, mais ce que nous pouvons réintroduire d'une manière générale est dans l'intérêt et au bénéfice de notre économie, et c'est dans ce sens que nous travaillons pour éliminer les obstacles inutiles.

94.5147

Frage Früh**Lohnzahlungspflicht für den 1. August****Question Früh****1er août. Obligation de verser le salaire***Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994*

1. Wie lässt sich der Eingriff in die Entscheidungsfreiheit des Parlamentes in bezug auf die umstrittene Lohnzahlungspflicht rechtfertigen?

2. Stellt eine staatlich verordnete Lohnzahlungspflicht für den 1. August nicht einen übermässigen Eingriff in die Sozialpartnerschaft dar?

3. Der Grundsatz ist in der Verfassung verankert, wonach der 1. August arbeitsrechtlich den Sonntagen gleichgestellt ist. Hält der Bundesrat diesen Grundsatz noch für respektiert, wenn er die Gleichstellung auf die öffentlich-rechtliche Regelung des Arbeitsverbotes beschränkt und für die privatrechtliche Frage der Lohnzahlungspflicht für den 1. August eine Sonderregelung schafft?

Texte de la question du 13 juin 1994

1. Comment peut-on justifier l'atteinte à la liberté de décision du Parlement que constitue l'obligation – contestée – de verser le salaire?

2. Cette obligation fixée par ordonnance n'est-elle pas une atteinte démesurée aux relations entre partenaires sociaux?

3. Le principe selon lequel le 1er août est, pour le droit du travail, assimilé à un dimanche, est inscrit dans la constitution. Le Conseil fédéral estime-t-il qu'il respecte vraiment ce principe lorsqu'il limite cette assimilation aux prescriptions de droit pu-

blic régissant l'interdiction de travailler et que, dans le même temps, il crée une réglementation spéciale quant à l'obligation de verser le salaire le 1er août, laquelle relève du droit privé?

94.5149

Frage Dreher**1. August als bezahlter Feiertag****Question Dreher****1er août. Obligation de verser le salaire***Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994*

Anfang Session war zu vernehmen, der 1. August unterliege als gesetzlicher Feiertag der Lohnzahlungspflicht durch den Arbeitgeber.

Auf welche Rechtsgrundlage stützt sich diese Verpflichtung? Sieht der Bundesrat Möglichkeiten, um im Interesse der Konstanthaltung der Feiertagszahl einen anderen gesetzlichen Feiertag abzuschaffen? Zum Beispiel den 1. Mai?

Texte de la question du 13 juin 1994

Au début de la session, nous avons appris que le 1er août étant assimilé à un jour férié légal, l'employeur serait soumis à l'obligation de verser le salaire.

Sur quelle base juridique repose cette obligation?

Le Conseil fédéral pourrait-il envisager de supprimer un autre jour férié légal, le 1er mai par exemple, afin que le nombre de jours fériés demeure inchangé?

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral sait parfaitement que le problème de l'obligation de verser le salaire le 1er août n'est pas sans conséquences économiques. Il a cependant estimé ne pouvoir prendre, pour 1994, une autre décision en raison des déclarations qu'il a faites dans son message du 20 mai 1992, dont le chef du Département fédéral de l'intérieur de l'époque, M. Cotti, conseiller fédéral, s'était fait l'interprète devant le Parlement.

En ce qui concerne la réglementation définitive, ce sera au Parlement, naturellement, de décider.

94.5155

Frage Bäumlin**EVD. WBO-Kredit****Question Bäumlin****DFEP. Campagne en faveur du perfectionnement professionnel***Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994*

Was geschieht mit den innovativen Projekten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, welche der Bundesrat auf Seite 259 des Geschäftsberichtes hervorhebt, nachdem der Verpflichtungskredit für die Weiterbildungsoffensive um 61 Millionen Franken gekürzt worden ist?

Texte de la question du 13 juin 1994

Qu'advient-il des projets novateurs de lutte contre le chômage dont le Conseil fédéral souligne l'importance à la page 259 du rapport de gestion, maintenant que le crédit d'engagement pour les mesures spéciales en faveur du perfectionnement professionnel a été réduit de 61 millions de francs?

94.5156

Frage Grossenbacher
EVD. WBO-Kredit

Question Grossenbacher
DFEP. Campagne en faveur du
perfectionnement professionnel

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Der WBO-Kredit wurde vom Parlament im Rahmen des Nachtrages I zum Budget 1994 um 61 Millionen Franken gekürzt.

Ich frage den Bundesrat:

Welche WBO-Projekte können nicht mehr weitergeführt werden?

Welche eingegebenen Projekte können neu nicht mehr unterstützt werden?

Texte de la question du 13 juin 1994

Le Parlement a amputé de 61 millions de francs le crédit consacré aux mesures spéciales en faveur du perfectionnement professionnel, dans le cadre du supplément I au budget 1994.

Quels projets en matière de perfectionnement devront être interrompus?

Quels projets déjà prévus devra-t-on renoncer à subventionner?

94.5157

Frage Stamm Judith
EVD. WBO-Kredit

Question Stamm Judith
DFEP. Campagne en faveur du
perfectionnement professionnel

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Die Weiterbildungsoffensive wurde vom Bundesrat seinerzeit mit viel Publizität lanciert.

Was hat den Bundesrat bewogen, dem Parlament im Rahmen des Nachtrages I zum Budget 1994 die definitive Kürzung von 61 Millionen Franken Verpflichtungskredit (auf 162 Millionen Franken) vorzuschlagen und nicht allenfalls eine zeitliche Er-streckung des Bundesbeschlusses ins Auge zu fassen?

Texte de la question du 13 juin 1994

Le Conseil fédéral avait fait beaucoup de bruit autour de la campagne en faveur du perfectionnement professionnel, lors du lancement de celle-ci.

Quels motifs l'ont poussé à proposer au Parlement, dans le cadre du supplément I au budget 1994, d'amputer définitivement le crédit d'engagement de 61 millions de francs (ce qui le ramène à 162 millions de francs), sans envisager de proroger l'arrêté fédéral?

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Les coupures budgétaires qui ont été décidées par le Parlement ont bien sûr des conséquences sur les programmes de perfectionnement professionnel.

Les projets pour lesquels une contribution provenant du crédit concernant les mesures spéciales en faveur de la formation continue a été assurée peuvent être poursuivis comme prévu. Ceux qui ne peuvent pas être poursuivis comme il avait été prévu sont avant tout des projets planifiés à long terme et prévoyant plusieurs phases, étant donné que les promesses de contributions fédérales sont faites pour chaque étape en particulier. De nouveaux projets ne pourront pas être soutenus.

Parmi les projets déjà enregistrés et pour lesquels aucune décision n'a encore été prise, ceux en faveur des femmes seront pris en considération prioritairement, cela pour tenir compte du débat parlementaire au sujet des crédits 1994.

94.5138

Frage Steinemann
Generalkonsul in den USA

Question Steinemann
Consul général aux Etats-Unis

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Worin besteht die besondere Qualifikation von Herrn Alfred Defago, die es rechtfertigt, ihn, der sich nie dem strengen Auswahlverfahren der Berufsdiplomatie hat unterziehen müssen, als Generalkonsul in New York (im Botschafterrang) zu ernennen?

Texte de la question du 13 juin 1994

De quelle qualification particulière M. Alfred Defago dispose-t-il pour qu'on l'ait nommé, lui qui n'a jamais dû passer le difficile concours d'entrée dans la diplomatie, au poste de consul général à New York (avec le rang d'ambassadeur)?

Cotti Flavio, Bundesrat: Herr Steinemann, Herr Defago bringt für die Erfüllung seiner Aufgabe in New York ganz spezifische Voraussetzungen und Qualifikationen mit. Das hat zum einen mit seinem beruflichen Werdegang zu tun. Vor seiner Tätigkeit im EDA war er zunächst Mitglied der aussenpolitischen Redaktion, später langjähriger Chef des Ressorts Innenpolitik/Wirtschaft und schliesslich Chefredaktor von Radio DRS. Anschliessend sammelte er während mehr als sieben Jahren als allgemein anerkannter Direktor des Bundesamtes für Kultur weitere ganz besondere Erfahrungen sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Schliesslich verfügt er über ganz aussergewöhnlich profunde Kenntnisse über Politik, Gesellschaft und Kultur der USA, kennt insbesondere auch New York aufgrund sehr häufiger Aufenthalte und sehr breiter Kontakte in den Bereichen der Kultur und der Wirtschaft bestens.

94.5146

Frage Tschopp
Volksabstimmung über den Beitritt
zur EU in Österreich

Question Tschopp
L'Autriche et l'Union européenne.
Commentaire du scrutin

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Kann der Bundesrat zum Ergebnis der Volksabstimmung in Österreich über den Beitritt zur Europäischen Union eine Stellungnahme abgeben, und kann er dem Nationalrat mitteilen, inwiefern dieser Volksentscheid seine Europapolitik beeinflussen wird?

Texte de la question du 13 juin 1994

Le Conseil fédéral peut-il commenter le résultat du vote référendaire du peuple autrichien concernant l'adhésion de l'Autriche à l'Union européenne et communiquer au Conseil national en quoi cette décision modifie sa politique européenne?

Cotti Flavio, conseiller fédéral: Monsieur Tschopp, le oui des citoyennes et des citoyens autrichiens signifie que leur pays sera membre à part entière de l'Union européenne dans quelques mois, lorsque les Douze en auront définitivement approuvé l'adhésion.

L'Union européenne démontre ainsi qu'elle est en mesure d'offrir aux citoyennes et citoyens de nouveaux Etats membres des conditions d'adhésion tenant compte de leurs souhaits. L'adhésion de l'Autriche est la conséquence directe de la vitalité et de l'attrait exercé par l'Union européenne. La dimension du vote autrichien, largement inattendue, témoigne encore davantage de mes propos.

Le Conseil fédéral considère qu'il serait prématuré, pour l'heure, de tirer de l'adhésion de l'Autriche des conclusions définitives en ce qui concerne le processus futur d'intégration, car, bien sûr, les référendums sur l'adhésion de la Finlande, de la Suède et de la Norvège à l'Union européenne, qui se dérouleront en octobre et en novembre prochains, revêtiront à cet égard une très grande importance. Mais il n'y a aucun doute que le vote autrichien aura un effet salutaire sur les votes que les autres peuples, nos amis du nord, devront manifester ces prochains mois.

Tschopp Peter (R, GE): Je vous pose une question complémentaire un peu personnelle. Le paradoxe créé par le scrutin autrichien et le nôtre, hier, est quand même formidable. Nous nous sommes transformés, pour nous protéger de nos amis qui partagent les mêmes valeurs, en île continentale. Comment vit-on, en tant que ministre des affaires étrangères, pareil paradoxe? Et est-ce que l'une des portes de sortie possibles, la démission en tant qu'acte politique, vous a déjà traversé l'esprit à un moment de faiblesse?

Cotti Flavio, conseiller fédéral: Je dois dire que le paradoxe serait mineur si l'on devait examiner l'histoire et les racines de la culture politique de l'Autriche et de notre pays, qui sont bien différentes l'une de l'autre.

En effet, Monsieur Tschopp – et cela ressort d'ailleurs du rapport de politique étrangère du Conseil fédéral –, compte tenu de l'histoire de la Suisse et de ses traditions, la politique d'ouverture prônée par le Conseil fédéral et par le Parlement sera une tâche de plus longue haleine que celle de l'Autriche. La conclusion est donc simple: si la tâche doit être de plus longue haleine, il faut avoir toute la ténacité nécessaire.

94.5154

Frage Bühlmann
Aufenthalt Pinochets in Luzern
Question Bühlmann
Séjour du général Pinochet à Lucerne

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Als Reaktion auf die Proteste gegen den Aufenthalt des chilenischen Exdiktators und heutigen Armeechefs Pinochet in der Schweiz hat der Bundesrat sein «tiefstes Unbehagen» geäußert.

Der Stadtrat von Luzern hofft, dass der Bundesrat alle rechtlichen Möglichkeiten prüfen werde, «damit in Zukunft die Einreise und der Aufenthalt von Personen, die sich krasser Verletzung der Menschenwürde schuldig gemacht haben, verhindert werden kann».

Deshalb frage ich den Bundesrat an, ob er im Sinne des Luzerner Stadtrates bereit sei, Mittel und Wege zu suchen, um in Zukunft so umstrittenen Personen wie Pinochet den Zutritt zur Schweiz zu verunmöglichen.

Stimmt es, dass Pinochet ohne jeden öffentlichen Protest letztes Jahr schon einmal in der Schweiz weilte?

Weiss der Bundesrat, ob der Grund des Aufenthaltes von Pinochet in der Schweiz das Tätigen von Waffenkäufen ist?

Wie stellt sich der Bundesrat generell zu Waffenverkäufen nach Chile, in ein Land, in dem die Menschenrechtssituation nach wie vor prekär ist?

Texte de la question du 13 juin 1994

Réagissant aux mouvements de protestation qui se sont manifestés contre le séjour en Suisse de l'ex-dictateur chilien et actuel chef de l'armée chilienne, Augusto Pinochet, le Conseil fédéral a exprimé son «profond malaise».

Le Conseil municipal de Lucerne espère que le Conseil fédéral étudiera toutes les possibilités juridiques pour que puissent être interdits à l'avenir l'entrée et le séjour en Suisse de personnes ayant gravement offensé la dignité humaine.

C'est pourquoi je demande au Conseil fédéral s'il a l'intention, comme le souhaite le Conseil municipal de Lucerne, de trouver des moyens propres à empêcher à l'avenir l'entrée en Suisse de personnalités aussi contestées que le général Pinochet.

Est-il vrai que le général Pinochet a déjà séjourné l'année dernière en Suisse sans qu'aucune protestation officielle ait été élevée?

Le Conseil fédéral sait-il si le général Pinochet est en Suisse pour acheter des armes?

Que pense d'une manière générale le Conseil fédéral de la vente d'armes à des pays comme le Chili, où la situation en matière de droits de l'homme reste précaire?

Cotti Flavio, Bundesrat: Ich beantworte die vier Fragen von Frau Bühlmann auch im Namen des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, das die ersten drei Antworten vorbereitet hat.

Zur ersten Frage: Der Bund kann, gestützt auf Artikel 13 des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer, eine Einreisesperre erlassen, wenn das persönliche Verhalten des Ausländers in der Schweiz zu schweren Klagen Anlass gab oder geben könnte.

Eine weitere Möglichkeit ergibt sich aus Artikel 70 der Bundesverfassung. Gestützt auf den Wortlaut dieser Bestimmung hat man bisher Fernhalte-massnahmen gegen Ausländer ergriffen, welche die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz gefährden.

Zur zweiten Frage: Chilenische Bürger benötigen bekanntlich für den Aufenthalt von bis zu drei Monaten kein Einreisevisum. Der Bundesrat hat somit offiziell keine Kenntnis davon, ob sich Herr Pinochet bereits vor einem Jahr oder früher in der Schweiz aufgehalten hat. In Zusammenhang mit der jetzigen Einreise ist nachträglich und inoffiziell bekanntgeworden, dass sich Herr Pinochet bereits in früheren Jahren inoffiziell – und ohne Wissen des Bundesrates – in der Schweiz aufgehalten haben soll.

Zur dritten Frage: Die Gründe für den Aufenthalt von Herrn Pinochet in der Schweiz sind dem Bundesrat nicht bekannt.

Zur vierten Frage: Aufgrund der demokratischen Entwicklung in Chile hob der Bundesrat am 5. Oktober 1992 das Ausfuhrverbot für Kriegsmateriallieferungen nach Chile, das aus dem Jahre 1973 stammte, wieder auf. Seither werden Gesuche für Kriegsmaterialexporte nach Chile grundsätzlich wieder bewilligt.

Bühlmann Cécile (G, LU): Wenn Waffenkäufe wieder offiziell möglich und erlaubt sind, ist es dann nicht ein Widerspruch, wenn Sie Ihrem Bedauern darüber Ausdruck geben, dass der Obereinkäufer, der Armeechef der chilenischen Armee, in der Schweiz ist und diesen Waffenkäufen vermutlich persönlich nachkommt?

Cotti Flavio, Bundesrat: Das ist kein Widerspruch! Auch in anderen Ländern hat sich Herr Pinochet in letzter Zeit aufgehalten. Auch diese Länder hatten keine Möglichkeit, die privaten Aufenthalte zu unterbinden. Aber auch in diesen Ländern wurde aufgrund der Begründungen, die Sie selber abgeben, Bedauern geäußert.

94.5158

Frage Fankhauser
Humanitäre Hilfe
für den Südosten der Türkei

Question Fankhauser
Sud-est de la Turquie.
Aide humanitaire

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Wegen des anhaltenden bewaffneten Konfliktes im türkischen Kurdistan ist die zivile Bevölkerung dramatisch in Mitleidenschaft gezogen. Ein Grossteil der Bevölkerung ist auf der Flucht, zum Teil in Richtung des bereits arg betroffenen irakischen Kurdistan.

Menschenrechtsorganisationen rufen um Hilfe.

Was will der Bundesrat unternehmen, damit die dringend notwendige humanitäre Hilfe der leidenden Bevölkerung zuteil werden kann?

Texte de la question du 13 juin 1994

La population civile subit de plein fouet les conséquences du conflit armé persistant qui sévit au Kurdistan turc. Une grande partie des habitants fuient, certains vers le Kurdistan irakien, lui-même durement touché.

Les organisations humanitaires appellent à l'aide.

Que pense faire le Conseil fédéral pour que ces populations fortement éprouvées reçoivent l'aide nécessaire dans les plus brefs délais?

Cotti Flavio, Bundesrat: Es bestehen zurzeit praktisch keine Kanäle zur Leistung von humanitärer Hilfe in der Osttürkei, Frau Fankhauser. Die direkte Tätigkeit ausländischer humanitärer Organisationen wird von der türkischen Regierung stark eingeschränkt. So ist zurzeit kein schweizerisches Hilfswerk in der Südosttürkei aktiv. Auch das IKRK hat keine Erlaubnis, in der Türkei zu arbeiten. Einzig das UNHCR betreut zurzeit im Irak zirka 4500 Flüchtlinge aus der Südosttürkei. Die humanitäre Hilfe des Bundes steht in engem Kontakt mit den humanitären Institutionen der Uno, die vor allem von Nordirak aus die Entwicklung der Lage verfolgen.

Fankhauser Angeline (S, BL): Die Türkei ist, wie die Schweiz, Mitglied des Europarates. Die Türkei hat auch verschiedene Konventionen unterschrieben, u. a. jene zur Wahrung der Menschenrechte. Wir könnten auch als Land einen Prozess der KSZE initiieren. Ist der Bundesrat bereit, auf allen möglichen Ebenen das Nötige zu unternehmen, damit erstens die Hilfe zu den Leuten kommt und zweitens ein Friedensprozess eingeleitet werden kann?

Cotti Flavio, Bundesrat: Wir werden jeden Versuch unternehmen, Frau Fankhauser, wie wir das schon in der Vergangenheit gemacht haben. Ich muss Sie nicht auf die verschiedenen Interventionen hinweisen, die Sie ganz genau kennen.

94.5136

Frage Kern
Schlechte Noten für Schweizer Postbetriebe

Question Kern
Les PTT mal notés

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Laut Presseberichten soll die Schweiz mit der Zustellung der Post aussergewöhnlich langsam die Kundschaft bedienen. Sieben nach Irland geschickte Briefe brauchten bis zur Ankunft zweieinhalb Monate. Unterboten bei der Geschwindigkeit werden die Schweizer PTT nur noch von der griechischen Post.

Welche Massnahmen werden in Erwägung gezogen, damit unsere Schweizer Post nicht nur immer teurer wird, sondern auch wieder effizienter arbeiten kann?

Texte de la question du 13 juin 1994

A en croire des informations rapportées par la presse, les postes suisses sont particulièrement lentes quant à la distribution du courrier. Sept lettres envoyées en Irlande ont mis deux mois et demi pour parvenir à leur destinataire. Seules les postes grecques sont encore plus lentes.

Quelles mesures envisage-t-on de prendre pour que la hausse des tarifs postaux s'accompagne d'un retour à une efficacité accrue?

94.5137

Frage Reimann Maximilian
Hat die Schweiz eine «teure Schneckenpost»?

Question Reimann Maximilian
PTT: lents et chers?

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Laut Studie eines Westschweizer Konsumentenmagazins soll die Schweizer Post im europäischen Vergleich «nicht nur teuer, sondern auch besonders langsam sein». Vor allem beim Zustellungstempo würden die PTT kaum unterboten. Diese Feststellung ist meines Erachtens wenig glaubwürdig.

Verfügt der Bundesrat über eigene Vergleichsunterlagen?

Kann die Aussage über die «teure Schneckenpost» als unbelegbare Mär abgeschrieben werden, oder hat sich das Preis-Leistungs-Verhältnis der PTT im europäischen Vergleich tatsächlich markant verschlechtert?

Texte de la question du 13 juin 1994

Selon un magazine romand de défense des consommateurs, les PTT seraient non seulement chers, mais aussi très lents. Ils se distingueraient par des délais de distribution parmi les plus longs d'Europe. J'estime que cette assertion est quelque peu gratuite.

Le Conseil fédéral dispose-t-il d'études comparatives?

L'affirmation selon laquelle les PTT seraient lents et chers peut-elle être rangée au rayon des affabulations ou le rapport qualité/prix s'est-il effectivement dégradé vis-à-vis de nos voisins européens?

Ogi Adolf, Bundesrat: Die PTT distanzieren sich von den Schlussfolgerungen der Untersuchung, die vom Westschweizer Konsumentenbund in der jüngsten Ausgabe von «J'achète mieux» veröffentlicht worden ist. Die Zustelldauer im internationalen Postverkehr hängt nicht allein von der Schweizer Post ab. Die Untersuchung der Westschweizer Konsumentenorganisation basiert auf Leistungen, die von mindestens drei Part-

ern erbracht werden: dem Absenderland, den Transporteuren sowie allenfalls Transitländern und schliesslich dem Bestimmungsland. Das ist mit ein Grund, weshalb die Schweizer Post zur Verbesserung der Situation die Partnerschaft mit einem weltweit tätigen Transporteur sucht. Laufende Qualitätskontrollen zeigen, dass die Schweiz nach wie vor zu den leistungsstärksten Ländern gehört. Bilaterale Abkommen mit verschiedenen Ländern werden zur Sicherstellung der Qualität vermehrt abgeschlossen. Die Beförderung der Post ins Ausland wird laufend den Transportmöglichkeiten angepasst und auch laufend optimiert.

94.5140

Frage Steinemann
Wann endlich weniger
Verkehrsbehinderungen auf Autobahnen?

Question Steinemann
Chantiers sur les autoroutes

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

«Bundesrat Ogi greift ein», titelte eine Tageszeitung im Frühjahr 1994. «Er hat genug von den ewigen Baustellen auf unseren Autobahnen.» Auch Bundesrat Stich machte eine erschreckende Bilanz: «Acht von elf Baustellen zwischen Dornach und Bern sind nicht nötig.»

Gleich empfinden die meisten arbeitenden und Steuern zahlenden Autobahnbenützer. Doch Positives passiert ist nichts. Von St. Gallen nach Bern zählte ich kürzlich 18 feste Baustellen mit teilweise mehreren Kilometern Länge, plus 10 «tägliche Verengungen», mit total über 500 zusätzlichen Signalfeln: Es wird gemächlich weiter «gebastelt».

Wann werden die Forderungen

- weniger Baustellen,
- kürzere Dauer (längere und intensivere Arbeitszeiten, eventuell auch nachts),
- weniger Verkehrsbehinderungen endlich erfüllt?

Texte de la question du 13 juin 1994

Un quotidien titrait au printemps dernier «Ogi s'énerve» et poursuivait: «Il en a assez des éternels chantiers sur nos autoroutes.» Quant à M. Stich, conseiller fédéral, il dressait ce bilan consternant: «Huit des onze chantiers ouverts sur le tronçon Dornach–Berne ne sont pas nécessaires.»

C'est également le sentiment de la plupart des usagers, personnes qui, faut-il le rappeler, empruntent l'autoroute pour aller travailler et paient des impôts. Or, le chaos persiste. J'ai récemment compté sur le tronçon Saint-Gall–Berne 18 chantiers fixes, parfois sur plusieurs kilomètres, 10 rétrécissements temporaires et plus de 500 panneaux de signalisation supplémentaires. Et le bricolage continue allègrement.

Quand y aura-t-il enfin:

- moins de chantiers?
- des travaux qui durent moins longtemps (les ouvriers travaillent plus longtemps et plus intensivement, le cas échéant de nuit)?
- moins de ralentissements?

Ogi Adolf, Bundesrat: Bauherren – und somit verantwortlich für das Bauwerk Nationalstrassen – sind die Kantone. Der Bund hat keine politischen Mittel, um die Kantone generell zur Durchführung von Nacht- und Sonntagsarbeit zu zwingen. Die Kantone sind angehalten, ab Tagesanbruch bis zum Einbruch der Dunkelheit – in zwei Schichten – sowie samstags arbeiten zu lassen. Die zunehmende Verkehrsdichte – seit 1960 haben wir eine Versiebenfachung der Fahrzeugzulassungen – belastet unser Nationalstrassennetz immer mehr. Dazu kommen

die baulichen Erneuerungen, bei denen der Ausbaustandard der sechziger Jahre dem Stand der heutigen Erkenntnisse angepasst werden muss.

Ein Verzicht auf Unterhalt und auf Reparaturen am heutigen Bauwerk mit einer Investition von rund 35 Milliarden Franken würde zu einem immer schlechter werdenden Betriebszustand führen, und die Sicherheit für die Verkehrsteilnehmer wäre schliesslich nicht mehr gewährleistet. Sämtliche Projekte werden vom Bundesamt für Strassenbau sorgfältig geprüft, und einem flüssigen und damit sicheren Verkehrsfluss wird höchste Priorität eingeräumt. Das Bundesamt ist der Überzeugung, mit dem im Aufbau begriffenen Unterhaltsmanagement den Erfordernissen der Strassenbenützer in Zukunft noch besser Rechnung zu tragen.

Steinemann Walter (A, SG): Danke für die Antwort. Ihr Wort in Gottes Ohr, Herr Bundesrat. Ich denke jedoch – wie das auch Herr Suter, der Direktor des Bundesamtes für Strassenbau, einmal sagte –, dass in erster Linie vom Bund aus eine Koordination stattfinden sollte.

Ich habe eine konkrete Zusatzfrage: Sehen Sie nicht, dass wir die Baustellensignalisation überprüfen müssen, damit beispielsweise nicht kilometerweit vorher schon auf 100 respektive 60 Stundenkilometer reduziert werden muss? Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Ich glaube, die Signalisationsordnung entspricht nicht mehr den heutigen Realitäten, darum kommt es auch zu vielen Übertretungen.

Ogi Adolf, Bundesrat: «Ein Wort in Gottes Ohr» ist schon recht viel! Es ist richtig, Herr Steinemann, dass die Koordination verbessert werden kann. Es ist richtig, dass die Organisation, die Umfahrungs- und die Signalisierungsordnung, noch verbessert werden kann. Wir haben das auch festgestellt, und wir werden alles daransetzen, um diese organisatorischen Massnahmen zu verbessern. Aber Baustellen auf den Autobahnen können wir nicht verhindern. Fahren Sie einmal auf der rechten Spur von Bern nach Zürich, dann werden Sie sehen und spüren, wie reparaturbedürftig diese Autobahn heute ist!

94.5142

Frage Grossenbacher
Informationsangebot von Telefon 111

Question Grossenbacher
Téléphone 111. Offre d'information

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Im Zusammenhang mit der Optimierung des Telefonauskunftsdienstes, Telefon 111, steht ein Stellenabbau von gesamtschweizerisch gegen 500 Stellen zur Diskussion. Der Stellenbestand soll von heute 1300 auf rund 800 reduziert werden.

Haben die verantwortlichen Stellen von Telecom PTT markt-mässig die ganze Entwicklung am Informationsmarkt auf seine Zukunft hin beurteilt und bewertet? Sind zurzeit alle Märkte im Bereich der Informationsbeschaffung und des Informationsangebotes von Telefon 111 bereits erschlossen?

Texte de la question du 13 juin 1994

En raison de l'optimisation du service de renseignements des PTT (le No 111), il est question de supprimer 500 emplois dans toute la Suisse, ce qui ferait passer l'effectif de 1300 à 800 personnes.

Les responsables des Télécom PTT ont-ils procédé – sous l'angle de l'offre et de la demande – à l'étude approfondie et à l'évaluation de toutes les possibilités de développement à venir du marché de l'information? Les marchés relevant du domaine de l'acquisition et de l'offre d'information sont-ils déjà tous couverts par le 111?

Ogi Adolf, Bundesrat: 98 Prozent der Anfragen bei der Telefonnummer 111 betreffen Telefonnummern, Faxnummern oder Natel-Nummern. Die restlichen zwei Prozent werden vom «Auskunftsdienst Spezial» beantwortet. Zurzeit werden im Rahmen einer breiten Kundenbefragung mögliche neue Auskunftsbedürfnisse identifiziert, mit dem Ziel, neue Märkte zu erschliessen.

Bisher wurden durch natürliche Abgänge und Stellenverschiebungen zirka 250 Stellen abgebaut. Der Stellenbestand beträgt heute 1400 Personen. Ob ein weiterer Stellenabbau nötig werden wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht schlüssig vorausgesagt werden. Eine von der Telecom PTT in Auftrag gegebene Studie über die Optimierung der Auskunftsdienste liegt zum heutigen Zeitpunkt noch nicht vor. Eine strategische Neuausrichtung der Dienstleistung wird im Herbst dieses Jahres erfolgen, wenn die definitiven Studienergebnisse vorliegen.

Grossenbacher Ruth (C, SO): Wenn Sie sagen, dass 98 Prozent der Kunden nach Nummern fragen, dann muss man bei den Berechnungen der Kosten der Nummer 111 miteinbeziehen, dass diese Anfragen immer auch Folgeanrufe beinhalten. Dies bringt den PTT wiederum Geld ein. Man darf deshalb nicht die Nummer 111 allein bewerten. Wird dies getan?

Die Nummer 111 ist ja die populärste Visitenkarte der PTT, sozusagen ein Aushängeschild. Sie haben gesagt, es sei etwas im Gange; man müsste jedoch noch viel mehr an den Ausbau statt an eine Einschränkung dieses Mittels denken. Gehen Sie einmal in eine 111-Zentrale – ich habe es getan –; die Operatrisen sind bereit, nach Lösungen zu suchen, sie sind flexibel, gehen auf Veränderungen ein und sind bereit, den Dienst auszubauen. Viele Ideen sind vorhanden. Man muss jedoch mit diesen erfahrenen Leuten reden, statt über sie hinweg zu entscheiden. Ausbaumöglichkeiten, meine ich, gäbe es viele. Obwohl ich nicht Spezialistin bin: Es wäre z. B. möglich, dass gerade diese Operatrisen im Dienste der PTT Direktnummern und sonstige Möglichkeiten in Geschäften an Ort und Stelle programmieren könnten. Gestresste Chefs und ihre unmittelbaren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wären den PTT sehr dankbar. Ich meine, dass Sie auch in der Wirtschaft und der Verwaltung Kurse für effizienteres Telefonieren anbieten könnten. Bei Ihrer Verwaltung ist es gut. Ich meine, dass man alle diese Überlegungen miteinbeziehen sollte.

Ogi Adolf, Bundesrat: Vorbemerkung Nummer 1: Alle wollen nur die Grenzkosten bezahlen.

Vorbemerkung Nummer 2: Ich habe von Ihren Wünschen Kenntnis genommen und werde sie wie ein guter Briefträger mit A-Post weiterleiten.

Zusatzfrage Nummer 1: Ich kann nicht beantworten, ob die PTT materiell nur auf die Nummer 111 ausgerichtet sind. Sie werden von mir aber eine schriftliche Antwort erhalten.

Zusatzfrage Nummer 2: Ich habe in meinen Ausführungen zum Ausdruck gebracht, dass zurzeit eine breite Kundenbefragung im Gange ist, um mögliche neue Auskunftsbedürfnisse abzuklären und neue Märkte zu erschliessen. Auch darüber werden wir Sie gelegentlich orientieren.

94.5145

**Frage Stalder
Bahnhof Zürich-Letten.
Neue Nutzung?**

**Question Stalder
Gare du Letten à Zurich.
Nouvelle affectation?**

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Auf dem Areal der ausser Betrieb gesetzten SBB-Station Zürich-Letten hat sich zum Ärger der Anwohner eine offene Drogenszene etabliert. Ich möchte dem Bundesrat folgende Fragen stellen:

1. Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass für die Bewohner und Gewerbebetriebe des Lettenquartiers die offene Drogenszene ein latentes Ärgernis bedeutet?
2. Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass dieses Areal einer gewinnbringenden Nutzung zugeführt werden sollte?
3. Ist der Bundesrat bereit, die SBB zu beauftragen, das Areal durch die Polizei räumen zu lassen?

Texte de la question du 13 juin 1994

A la grande contrariété des habitants du quartier, des drogués se sont installés sur l'emplacement de la gare CFF désaffectée de Zurich-Letten.

1. Le Conseil fédéral n'est-il pas d'avis que le spectacle des drogués représente une source de mécontentement pour les habitants et les commerçants du quartier du Letten?
2. N'est-il pas d'avis que cet emplacement devrait être utilisé de manière profitable?
3. Est-il prêt à charger les CFF de faire vider les lieux par la police?

Ogi Adolf, Bundesrat: Drei Fragen, drei Antworten.

Zur ersten Frage, Herr Stalder: Die offene Drogenszene in Zürich-Letten ist ein äusserst akutes Problem, und es ist unbestritten, dass das Areal als Standort der offenen Drogenszene traurige Berühmtheit erlangt hat.

Zur zweiten Frage: Seit 1987 befassen sich die SBB mit der Planung für die Überbauung dieses Areals. Die neue Bau- und Zonenordnung der Stadt Zürich sieht aber dafür eine Freihaltezone vor. Dagegen haben die SBB Rechtsmittel ergriffen. Das Verfahren ist zurzeit beim Regierungsrat des Kantons Zürich pendend.

Zur dritten Frage: Die SBB haben von der Stadt Zürich wiederholt verlangt, das Areal zu räumen.

94.5160

**Frage Borer Roland
Fernsehmagazin «time out».
Ausgrenzung des Militärsports**

**Question Borer Roland
Emission «time out» et sport militaire**

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Am 20. März 1994 ersuchte in höflicher Weise ein Mitglied des Nachwuchskaders der Sportart Militärischer Fünfkampf das Fernsehen DRS, im Magazin «time out» einmal eine Reportage über diese Sportart zu veröffentlichen. Herr M. Masafret, Redaktionsleiter von «time out», beantwortete am 24. März 1994 in einem Brief das Anliegen des Gesuchstellers in einer für mich unakzeptierbaren Art und Weise. Unter Berufung auf seine persönlichen ethischen Grundsätze wies er darauf hin, dass er in diesem Magazin über keine militärischen Wett-

kämpfe jedweder Art zu berichten gedenke! Er berief sich in seinen Überlegungen auf die Kriegshandlungen in der unmittelbaren Nachbarschaft unseres Landes.

Ich frage in diesem Zusammenhang den Bundesrat an, ob er die «ethischen» Bedenken des Herrn Masafret bezüglich Ausstrahlung einer Sendung über den Militärischen Fünfkampf teilt und ob diese Meinung als die offizielle des Fernsehens DRS betrachtet werden muss.

Texte de la question du 13 juin 1994

Le 20 mars 1994, un jeune cadre de l'armée pratiquant le pentathlon militaire demandait poliment à la télévision alémanique DRS de diffuser à l'occasion un reportage sur ce sport dans le magazine «time out». M. Masafret, rédacteur en chef du magazine, a rejeté la requête du jeune cadre, dans une lettre datée du 24 mars 1994, d'une manière qui me semble inacceptable. Se réclamant de ses principes éthiques personnels, le rédacteur en chef a répondu qu'il n'entendait diffuser dans ce magazine aucun reportage concernant un sport militaire quelconque. Il évoquait à ce propos les actes de guerre commis dans des pays peu éloignés de nôtre.

Je prie le Conseil fédéral de dire s'il partage les principes «éthiques» de M. Masafret concernant la diffusion d'une émission sur le pentathlon militaire, et si cette opinion représente le point de vue officiel de la télévision alémanique.

Ogi Adolf, Bundesrat: Artikel 55bis der Bundesverfassung legt die Autonomie der Veranstalter in der Programmgestaltung fest. Es geht deshalb nicht an, dass der Bundesrat auf die Programmschaffenden oder die Programminhalte von Radio und Fernsehen Einfluss nimmt. Somit ist es primär der SRG überlassen, über die ethische Vertretbarkeit von Sendeinhalten zu entscheiden. Die SRG hat aber die Pflicht, unabhängig von der persönlichen Einstellung eines Journalisten umfassend über wichtige Ereignisse zu berichten.

94.5164

Frage Rechsteiner
SBB-Studentakt im St. Galler Rheintal

Question Rechsteiner
CFF. Cadence horaire dans la vallée du Rhin saint-galloise

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Bundesrat Ogi hat anlässlich einer öffentlichen Veranstaltung vom 31. Januar 1994 in Buchs angekündigt, dass der Schnellzugs-Studentakt im St. Galler Rheintal wenn möglich bereits auf 1995 realisiert werde.

Ich frage den Bundesrat: Welche Schritte sind bis heute zur Verwirklichung dieses Versprechens unternommen worden? Welches ist der konkrete Stand der Dinge?

Texte de la question du 13 juin 1994

Lors d'une manifestation publique qui a eu lieu à Buchs le 31 janvier dernier, M. Ogi, conseiller fédéral, a annoncé que la cadence horaire serait, si possible, introduite dès 1995 pour les trains directs circulant dans la vallée du Rhin saint-galloise. Quelles mesures le Conseil fédéral a-t-il d'ores et déjà prises pour tenir sa promesse? Où en est-on concrètement?

Ogi Adolf, Bundesrat: An der besagten Veranstaltung, wo wir beide anwesend waren, wurde angekündigt, dass das gesamte SBB-Regionalverkehrsangebot im St. Galler Rheintal einer Überprüfung unterzogen werden müsse, weil die Bahnstationen zum Teil weitab von den Siedlungen liegen. Die Umsetzung der Änderungen sei für 1995 oder spätestens 1996 vorgesehen. Die konzeptionelle Idee zielt darauf ab, die Lokalbedienung mit Bussen sicherzustellen und dafür die wich-

tigsten Orte mit einem stündlichen Schnell- oder Eilzug zu verbinden. Voilà!

Für das Angebotskonzept St. Galler Rheintal hat die zuständige Kreisdirektion mehrere Gespräche mit den regionalen Instanzen geführt. Zu verschiedenen Angebotsvarianten wurden nun SBB-interne Berechnungen angestellt, und die von den SBB favorisierte Variante soll dem Kanton St. Gallen demnächst vorgestellt werden. Leider hat sich eine Verzögerung ergeben, weil Änderungen des Fernverkehrskonzeptes der Verbindung Zürich-Chur einbezogen werden mussten.

94.5165

Frage Dreher
Geschäftsreglement des Nationalrates,
Artikel 49

Question Dreher
Règlement du Conseil national,
article 49

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

An der Sitzung des Nationalrates vom 9. Juni 1994, etwa um 08.30 Uhr, hatte die Frau Ratspräsidentin unter Hinweis auf Artikel 52 Absatz 2 des Geschäftsreglementes zur Ruhe ermahnt und damit das aktive und passive Telefonieren als Ruhestörung qualifiziert. In Artikel 49 wird verlangt, dass die Ratsmitglieder im Rat eine «schickliche Kleidung» tragen. Ein Blick auf gewisse Herren der SP-Fraktion beweist, dass auch diese Bestimmung des Ratsreglementes verletzt wird.

Ist Artikel 49 ausser Kraft? Wenn nein, warum wird er nicht durchgesetzt?

Texte de la question du 13 juin 1994

Le 9 juin, M^{me} la présidente, excipant de l'article 52 alinéa 2 du règlement du Conseil national, a vers 8 h 30 rappelé à l'ordre des conseillers nationaux en précisant que les appels téléphoniques donnés ou reçus en séance étaient à ses yeux de nature à troubler la sérénité des débats. J'observe quant à moi que l'article 49 de ce même règlement fait obligation aux membres du Conseil de porter une «tenue convenable». Or, un coup d'oeil à certains députés du groupe socialiste suffit pour se convaincre que cette disposition est elle aussi bafouée.

L'article 49 a-t-il donc été abrogé? Et, si non, pourquoi n'est-il pas appliqué?

Früh Hans-Rudolf (R, AR), Sprecher des Büros: Zum ersten Teil der Frage: Nein, Herr Dreher. Der Artikel 49, der für die Ratsmitglieder eine «schickliche Kleidung» vorschreibt, ist nach wie vor in Kraft. Was unter «schicklicher Kleidung» zu verstehen ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Sie sind ausserdem Modeströmungen unterworfen. Das Büro hat vor Jahren für die männlichen Ratsmitglieder festgelegt, dass darunter Anzug mit Krawatte oder Fliege zu verstehen sei. Sie können das auch mit dem Ratsreglement vergleichen. Das Büro kann sich der Ansicht nicht ganz verschliessen, dass es sich bei der Kleidung um eine durch die Persönlichkeit und Individualität geprägte Äusserlichkeit handelt.

Zum zweiten Teil der Frage: Das Büro hat sich, nicht zuletzt aufgrund einer Intervention des Fragestellers, zu Beginn der Legislaturperiode mit der Frage befasst, wie die erwähnte Reglementsbestimmung durchgesetzt werden soll. Mangels konkreter Sanktionen ist es bis anhin bei Ermahnungen geblieben, wobei das Büro jeweils ein Mitglied, das derselben Fraktion wie das betreffende Ratsmitglied angehört, mit der Gesprächsführung beauftragte.

Eine Zusatzbemerkung: Das Büro hat heute beschlossen, dieses Thema an seiner traditionellen Sondersitzung auf die Traktandenliste zu setzen.

Dreher Michael (A, ZH): Herr Früh, ich frage mich, ob denn in Zukunft solche Selbstverständlichkeiten, die auch andere Ärgernisse betreffen könnten – die eigentlich gar nicht der Rede wert wären, würde uns nicht von gewissen Kreisen vorsätzlich auf der Nase herumgetanzt –, jeweils in einer sechs- oder zwölfmonatigen Frist abgehandelt werden müssten, statt dass kurzerhand entschieden würde: So machen wir es! Ende! Basta!

Früh Hans-Rudolf (R, AR), Sprecher des Büros: Ja eben, gerade deswegen wird sich das Büro über dieses Thema unterhalten. Manchmal bekommt man den Eindruck, dass die Bekleidung so etwas wie eine politische Uniform ist und damit auch der politischen Herkunft Ausdruck gegeben werden soll. Im weiteren darf man vielleicht beifügen, dass ein Teil der Parlamentarier stetes Kaugummikauen auch nicht so schicklich finden (*Beifall*) und dass ein anderer Teil die Verwandlung unseres Ratssaals in eine Picknickstube auch nicht als schicklich betrachten. Ein Vergleich mit ausländischen Parlamenten zeigt doch – und wir vergleichen uns ja in den verschiedensten Bereichen sehr gerne –, dass im Ausland in dieser speziellen Frage ganz andere Massstäbe angesetzt werden als bei uns in der Schweiz.

94.5152

Frage Steiner Rudolf
Kantonale IV-Stellen. Kostenfolgen
Question Steiner Rudolf
Offices AI des cantons. Frais occasionnés

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Im Rahmen des zweiten Paketes von Massnahmen zur Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (88.039) wurden die Kantone verpflichtet, IV-Stellen zu schaffen (3. IV-Revision). In verschiedenen Kantonen haben diese IV-Stellen ihre Arbeit mittlerweile aufgenommen.

Zu welchen Einsparungen an Personal und an Kosten hat dies beim Bund schon geführt, mit welchen weiteren Einsparungen an Personal und an Kosten kann beim Bund noch gerechnet werden?

Zu wieviel zusätzlichem Personal und zu welchen Mehrkosten hat dies bei den Kantonen schon geführt, mit wieviel weiterem Personal und mit welchen weiteren Kosten ist bei den Kantonen noch zu rechnen?

Texte de la question du 13 juin 1994

Le second train de mesures pour une nouvelle répartition des tâches entre la Confédération et les cantons (88.039) a soumis les cantons à l'obligation de créer des offices AI (3e révision de l'AI). Dans plusieurs cantons, ces offices AI ont depuis lors commencé à fonctionner.

Quelles économies de personnel et de dépenses en est-il résulté pour la Confédération et qu'en sera-t-il à l'avenir?

Quel surcroît de personnel et de dépenses en est-il résulté pour les cantons et qu'en sera-t-il à l'avenir?

Réponse écrite du Conseil fédéral

Le but de la création des offices AI consiste à rendre l'organisation actuelle plus accessible, plus simple et en même temps plus transparente pour les assurés. Dans la nouvelle organisation, l'assuré n'a plus comme auparavant affaire à quatre partenaires du côté de l'AI, c'est-à-dire la commission AI, le secrétariat AI, l'office régional AI et la caisse de compensation, mais s'adressera uniquement à l'office AI. Il s'agit dès lors d'une nouvelle répartition des tâches à l'intérieur de l'assurance-invalidité et non pas d'un report des coûts de la Confédération aux cantons. Ces coûts étaient jusqu'à présent totalement pris en charge par l'AI et non pas par la Confédération et seront

aussi pris en charge à l'avenir par l'AI et non pas par les cantons comme l'a supposé M. Steiner Rudolf.

Il n'est pas encore possible de savoir aujourd'hui si la nouvelle organisation conduira à une augmentation des coûts pour l'AI. C'est seulement après l'analyse des résultats du premier exercice de tous les offices AI, au courant de l'année 1996, que nous pourrons nous prononcer.

94.5161

Frage Grendelmeier
Perspektiven der AHV
Question Grendelmeier
AVS. Perspectives d'avenir

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Ist der Bundesrat bereit und in der Lage, den eidgenössischen Räten bis zur Herbstsession einen Bericht über die finanzielle Entwicklung der AHV vorzulegen? Kann er dabei Angaben über verschiedene Szenarien (z. B. mit oder ohne Rentenaltererhöhung der Frauen) machen?

Texte de la question du 13 juin 1994

Le Conseil fédéral est-il disposé à présenter aux Chambres, d'ici à la session d'automne, un rapport sur l'évolution de la situation financière de l'AVS? S'il est en mesure de le faire, peut-il prévoir plusieurs scénarios (notamment avec et sans élévation de l'âge de la retraite des femmes)?

Réponse écrite du Conseil fédéral

Jeudi dernier, l'Office fédéral des assurances sociales a déjà communiqué, par un dossier de presse, l'évolution du budget de l'AVS, en tenant compte de la taxe à la valeur ajoutée et de la modification de l'âge de la retraite.

L'administration remettra des documents supplémentaires à la commission du Conseil national chargée des délibérations préparatoires de la 10e révision de l'AVS avant la session d'automne.

Le rapport sur la conception des trois piliers de la prévoyance vieillesse, survivants et invalidité, que le Conseil fédéral prévoit de mettre à disposition pour cet automne prochain, présentera également les perspectives financières des différentes branches des assurances sociales, ainsi que des scénarios de l'évolution économique générale.

Enfin, le Conseil fédéral a décidé de former un groupe de travail interdépartemental qui se penchera sur le thème des «Perspectives de financement des assurances sociales», il commencera ses travaux après les vacances d'été.

94.5143

Frage Keller Rudolf
Polizeistunde während der Fussball-WM
Question Keller Rudolf
Coupe du monde de football.
Heures de fermeture des cafés-restaurants

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Die Kantone Baselland und Basel-Stadt haben beschlossen, die Polizeistunde während der Fussballweltmeisterschaft locker zu handhaben. Lokale, welche für ihre Gäste einen «WM-Fernsehapparat» aufgestellt haben, dürfen bis zum Ende der Fussballspiele geöffnet bleiben. Obwohl die Regelung der Polizeistunde in den Bereich der Kantone fällt, frage

ich den Bundesrat an, ob er bereit ist, den Kantonen in geeigneter Form ans Herz zu legen, während der WM eine ähnlich liberale Haltung an den Tag zu legen, wie dies in den beiden Basel der Fall ist.

Texte de la question du 13 juin 1994

Les cantons de Bâle-Ville et de Bâle-Campagne ont décidé d'être moins stricts sur les heures de fermeture des cafés-restaurants pendant la Coupe du monde de football. Les établissements installant un téléviseur pour cette occasion pourront rester ouverts jusqu'à la fin des matchs. Bien que la réglementation des heures de fermeture des cafés-restaurants relève de la compétence des cantons, je demande au Conseil fédéral s'il est disposé à suggérer aux cantons d'adopter une attitude plus souple pendant la Coupe du monde de football, comme le font les deux cantons cités plus haut.

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Wie Sie in Ihrer Frage richtig ausführen, sind die Kantone zur Regelung der Polizeistunde zuständig. Der Bundesrat wird sich deshalb in dieser Angelegenheit gegenüber den Kantonen nicht äussern. Der Bundesrat wünscht auf jeden Fall der Schweizer Mannschaft viel Erfolg.

94.5148

**Frage Fankhauser
Folter und Tod nach Rückschaffung
von abgewiesenen Asylsuchenden**

**Question Fankhauser
Conséquences du renvoi
de requérants d'asile**

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Die in der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH) zusammengeschlossenen Hilfswerke haben wiederholt gefordert, auf die Wegweisung von Angehörigen bestimmter Risikogruppen zu verzichten. Die Caritas Schweiz belegt nun, dass in gewissen Fällen zurückgeschaffte Asylsuchende Haft, Folter und gar den Tod zu gewärtigen haben. Eine Änderung der bisherigen Ausschaffungspraxis drängt sich auf.

Ist der Bundesrat bereit, unverzüglich das Nötige vorzukehren, damit Angehörige von bestimmten Risikogruppen nicht zurückgeschafft werden und nicht dem Risiko Haft, Folter oder Tod ausgesetzt werden?

Texte de la question du 13 juin 1994

Les oeuvres d'entraide réunies dans l'Organisation suisse d'aide aux réfugiés (Osar) ont exigé à plusieurs reprises que les personnes faisant partie de certains groupes à risques ne soient pas renvoyées. Caritas Suisse apporte aujourd'hui la preuve que des requérants d'asile renvoyés ont été arrêtés, torturés ou même tués. Il s'impose absolument de modifier la pratique du renvoi.

Le Conseil fédéral est-il disposé à prendre sans retard les mesures nécessaires pour que les personnes faisant partie de certains groupes à risques ne soient pas renvoyées et exposées au risque de l'arrestation, de la torture et de la mort?

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Der Bundesrat hat gegenüber Forderungen nach einem Verzicht auf die Wegweisung von Angehörigen bestimmter Gruppen wiederholt auf das im Asylgesetz vorgesehene Einzelprüfverfahren verwiesen, welches eine differenzierte und einzelfallgerechte Beurteilung des tatsächlichen Schutzbedürfnisses sicherstellt. Diese Beurteilung erfolgt vor dem Hintergrund einer kontinuierlichen und sorgfältigen Analyse der Situation in der Türkei, insbesondere in den Provinzen des Südostens.

Tatsächlich gefährdeten Personen wird grosszügig Asyl gewährt. Im letzten Jahr erhielten 787 türkische Staatsangehörige Asyl, was einer Anerkennungsquote von 26,1 Prozent entspricht.

Die Caritas Schweiz hat anhand von zwei Einzelfällen den zuständigen Asylbehörden eine unsorgfältige Gesuchsprüfung und eine ungenügende Berücksichtigung der Gefährdungssituation vorgeworfen.

Eine Überprüfung dieser Vorwürfe hat folgendes ergeben:

Im Fall des nach seiner Rückkehr verhafteten Gesuchstellers hatte das Bundesamt für Flüchtlinge die bestehende Gefährdung klar erkannt. Entgegen der Caritas-Darstellung wurde das Gesuch jedoch nicht abgelehnt und auch keine Wegweisung verfügt. Vielmehr verschwand der Gesuchsteller während des Verfahrens, reiste in einen Drittstaat und stellte dort offenbar unter falscher Identität ein Asylgesuch. Das Bundesamt für Flüchtlinge erliess lediglich eine Abschreibungsverfügung, nachdem der Gesuchsteller die Schweiz bereits verlassen hatte. Die schweizerischen Asylbehörden können nicht für das Verhalten des Gesuchstellers und die danach eingetretenen Ereignisse verantwortlich gemacht werden.

Im Falle des im Oktober 1993 in seinem südosttürkischen Heimatdorf umgekommenen Familienvaters handelte es sich tatsächlich um einen ehemaligen Asylgesuchsteller, dessen Begehren vom Bundesamt für Flüchtlinge am 23. März 1992 und von der Asylrekurskommission am 14. August 1992 abgelehnt worden war. Er kehrte am 5. Dezember 1992 freiwillig in die Türkei zurück, wo er sich zunächst in einer südosttürkischen Grossstadt niederliess. Trotz erheblicher Sicherheitsrisiken begab er sich in sein Heimatdorf, wo er am 21. Oktober 1993 ermordet wurde. Ein kausaler Zusammenhang zwischen dem negativen Asylverfahren und dem gut zehn Monate nach der Rückkehr geschehenen Verbrechen besteht nicht.

Die von Caritas Schweiz an die schweizerischen Asylbehörden gerichteten Vorwürfe sind somit nicht berechtigt.

94.5150

**Frage Dreher
Ausschaffung der Familie Haligür**

**Question Dreher
Refoulement de la famille Haligür**

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Haligür und Familie reisten 1989 als angeblich Verfolgte ohne Papiere in die Schweiz ein und stellten am 11. August 1989 in Basel das Asylgesuch. Am 16. Februar 1994 erteilte das BFF der Fremdenpolizei des Kantons Bern den Auftrag, die Wegweisung zu vollziehen. Bei der Hausdurchsuchung am 8. März 1994 wurden vier Reisepässe gefunden, die offenbar trotz politischer Verfolgung kurz vor dem Asylgesuch in der Türkei ausgestellt worden waren. Nach Intervention von FDP-Ständerätin Beerli wurden diese ehrenwerten Leute aus dem Ausschaffungsgewahrsam entlassen. Gemäss Auskunft des BFF am 11. Mai 1994 waren sie immer noch in der Schweiz. Sind Haligürs noch immer da? Wenn ja, wann werden sie ausgeschafft?

Texte de la question du 13 juin 1994

Haligür et sa famille sont arrivés en Suisse en 1989, prétendant ne pas avoir de papiers et être poursuivis dans leur pays. Ils ont déposé une demande d'asile à Bâle le 11 août 1989. Le 16 février 1994, l'Office fédéral des réfugiés ordonnait à la police des étrangers du canton de Berne d'exécuter le refoulement de ces personnes. Lors d'une perquisition exécutée le 8 mars 1994, la police a trouvé quatre passeports, qui semblent avoir été établis en Turquie peu avant le dépôt de la demande d'asile, malgré le fait que les requérants affirment être poursuivis pour leurs convictions politiques. Après l'interven-

tion de M^{me} Beerli, députée radicale au Conseil des Etats, ces respectables gens ont été remis en liberté. Selon l'Office fédéral des réfugiés, cette famille se trouvait encore dans notre pays le 11 mai 1994.

Les Haligür sont-ils toujours là? Si oui, quand seront-ils refoulés?

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Das Asylgesuch der Familie Haligür wurde rechtskräftig abgelehnt und die Wegweisung verfügt. Nachdem sie die Schweiz nicht innert der angesetzten Ausreisefrist verliess, wurde sie von der Fremdenpolizei des Kantons Bern in Ausschaffungshaft genommen. Aufgrund eines gleichzeitig eingereichten Wiedererwägungsgesuches wurde die Familie wieder aus der Haft entlassen.

Die Prüfung des Wiedererwägungsgesuches ergab keine asylrelevante Gefährdung im Heimatland, das Gesuch wurde erstinstanzlich abgelehnt und der Familie eine neue Ausreisefrist angesetzt.

Die Familie befindet sich momentan noch in der Schweiz; die Fremdenpolizei des Kantons Bern ist für die Überwachung der fristgerechten Ausreise zuständig.

94.5159

Frage Ledergerber Vorwürfe der Presse gegenüber der Bundesanwältin

Question Ledergerber Attaques de la presse contre le procureur général de la Confédération

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Gemäss einem Bericht in der «Bilanz» (Nr. 4/94) wurde Ende der achtziger Jahre der Luzerner Hans N. Zemp im Kanton Tessin von Zuger Rechtsanwälten seiner Firma beraubt und von der Justiz willkürlich verfolgt, wobei Frau del Ponte eine dubiose Rolle gespielt haben soll.

Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass die Bundesanwaltschaft ein so wichtiges Amt darstellt, dass dessen Inhaberin weder heute noch in der Vergangenheit in irgendwelche dubiose Geschichten verwickelt sein darf? Ist er nicht auch der Auffassung, dass die von der «Bilanz» reportierte Geschichte geeignet ist, Zweifel an der Integrität oder den beruflichen Fähigkeiten der Bundesanwältin aufkommen zu lassen, und dass diese Vorwürfe sorgfältig geklärt werden müssen, wenn die Glaubwürdigkeit unserer Justiz keinen Schaden erleiden soll?

Texte de la question du 13 juin 1994

Selon un article paru dans la revue «Bilanz» (No 4/94), le lucernois Hans N. Zemp a été escroqué à la fin des années huitante au Tessin par les avocats zougais de son entreprise et poursuivi arbitrairement en justice; M^{me} del Ponte aurait joué un rôle discutable dans cette affaire.

Le Conseil fédéral n'estime-t-il pas lui aussi que le Ministère public de la Confédération constitue un organe si important que la personne qui assume la charge de procureur général ne devrait être impliquée ni aujourd'hui ni par le passé dans une quelconque affaire douteuse? Ne pense-t-il pas que l'affaire évoquée dans «Bilanz» est susceptible de jeter un doute sur l'intégrité ou les capacités professionnelles du procureur général de la Confédération et que les reproches à ce sujet doivent être examinés soigneusement si l'on veut que la crédibilité de notre justice ne soit pas contestée?

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Der erwähnte Artikel in der «Bilanz» (Nr. 4/94) enthält bezogen auf Frau Bundesanwältin del Ponte keine Hinweise, die auch nur annähernd auf eine «dubiose Rolle» von Frau Carla del Ponte schliessen liessen.

Zu der in der Frage erwähnten Angelegenheit des Luzerners Hans N. Zemp ist im Zusammenhang mit Frau del Ponte, die dann zumal Staatsanwältin im Tessin war, folgendes zu sagen: Im entsprechenden Strafverfahren hat Frau del Ponte den Haftbefehl erlassen. Anschliessend war aber nicht mehr sie, sondern ein Untersuchungsrichter mit der Klärung des Falles betraut. Es hat denn auch keinerlei Untersuchungen des zuständigen Kantons Tessin gegen die damalige Staatsanwältin del Ponte gegeben.

94.5162

Frage Scherrer Jürg Ausschaffung illegal Eingereister

Question Scherrer Jürg Refoulement de personnes ayant franchi illégalement la frontière

Wortlaut der Frage vom 13. Juni 1994

Laut Pressemeldungen sind in Graubünden und im Fürstentum Liechtenstein in den letzten Tagen insgesamt 17 illegal eingereiste Personen und ihre Schlepper festgenommen worden. Es handelt sich u. a. um neun Männer aus Ex-Jugoslawien und acht Peruaner. Diese dürften in der Schweiz um Asyl nachfragen.

Werden diese illegalen Asylanten nun unverzüglich, ohne jegliches Asylverfahren, ausgeschafft, oder können sie trotz ihres ungesetzlichen Verhaltens mit einem aufwendigen Asylverfahren rechnen?

Texte de la question du 13 juin 1994

La presse a révélé que 17 personnes ayant franchi illégalement la frontière ont été arrêtées ces jours derniers, avec leurs passeurs, dans les Grisons et dans la Principauté du Liechtenstein. Il s'agit de neuf ressortissants de l'ex-Yougoslavie et de huit Péruviens. Ces personnes ont certainement l'intention de déposer une demande d'asile en Suisse.

Vont-elles être refoulées sans délai et sans aucun examen de leur dossier ou vont-elles, malgré leur comportement illicite, pouvoir engager une – coûteuse – procédure d'asile?

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Als Grundsatz gilt gemäss Artikel 13e des Asylgesetzes, dass Asylsuchende, welche bei der illegalen Einreise im grenznahen Raum angehalten werden, den zuständigen Behörden des Nachbarstaates übergeben werden. Die Übergabe obliegt den kantonalen Polizeiorganen. Ob eine Übergabe erfolgen kann, richtet sich nach den bestehenden Schub- oder Rückübernahmeabkommen. Fehlt ein solches Abkommen, richtet sich die Übergabe nach der Praxis.

Im konkret angesprochenen Fall verhält es sich nach Auskunft der Bündner Fremdenpolizei wie folgt:

Im Kanton Graubünden wurden zehn Personen mit drei unterschiedlichen Nationalitäten aufgegriffen. Zwei davon sind Schlepper. Die beiden Schlepper sind tunesische Staatsbürger mit Aufenthaltsbewilligung in Italien. Sie haben kein Asylgesuch gestellt, befinden sich in Untersuchungshaft und dürften nach Abschluss des Strafverfahrens und einer allfälligen Strafverbüssung ausgeschafft werden.

Von den übrigen acht illegal eingereisten Personen wurden bereits vier Personen nach Albanien ausgeschafft; für eine weitere Person ist die Ausreise organisiert. Bei drei Personen ist aufgrund ihrer Angaben und mangels einer Möglichkeit zur Übergabe an den Nachbarstaat in einem Asylverfahren zu prüfen, ob nicht Asylgründe vorliegen.

Für die Auskunftserteilung über die im Fürstentum Liechtenstein aufgegriffenen Personen ist der Bundesrat nicht zuständig.

94.018

PTT. Geschäftsbericht und Rechnung 1993

PTT. Gestion et compte 1993

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 752 hiervoor – Voir page 752 ci-devant

Allgemeine Aussprache (Fortsetzung) – Débat général (suite)

Züger Arthur (S, SZ), Berichterstatter: Das Erfreuliche zuerst: Ich habe nicht geglaubt, dass ich in so kurzer Zeit wieder einmal über einen erfreulichen, positiven Rechnungsabschluss berichten könnte. Die PTT-Betriebe haben nach drei Defizitjahren den Turnaround geschafft und weisen einen Unternehmensgewinn von 190 Millionen Franken auf. Die Verbesserung gegenüber dem Budget beträgt 83 Millionen Franken. Der Cash-flow erreichte 3,2 Milliarden Franken, was ausreicht, um die – allerdings abgeschwächten – Investitionen von 2,95 Milliarden Franken voll zu decken. Die PTT haben – das dürfen sie mit einem gewissen Stolz feststellen – einen Selbstfinanzierungsgrad von über 100 Prozent, und das ist sensationell. Dass dabei auch noch ausserordentliche Abschreibungen und Zusatzabschreibungen in der Grössenordnung einer halben Milliarde Franken vorgenommen werden konnten, erhöht den Glanz des Ergebnisses zusätzlich. Das alles in Zeiten der Rezession und mit einem rückläufigen Geschäftsverkehr! Die gesamte Ertragsverbesserung ist auf rigorose Sparanstrengungen auf breitester Basis zurückzuführen. Ich erwähne: Reduktion der Investitionen nach Kriterien der Wirtschaftlichkeit; kritische Überprüfung sämtlicher Bauvorhaben; Einsparungen beim Fremdaufwand; Unterschreitung des mit dem Voranschlag 1993 bewilligten Personalbestandes um 1539 Personen.

Selbstverständlich haben diese einschneidenden Sparmassnahmen nicht nur und nicht überall Freudenstürme ausgelöst. Ich denke im speziellen ans Personal und an die Fernmeldeindustrie. Sicher aber waren diese Kostenbremsen nötig, sonst wären die umsatzbedingten Ertragsausfälle von zirka 600 Millionen Franken nie und nimmer zu verkraften gewesen. Ebenso notwendig waren aber auch die Tarifmassnahmen 1993, die ihrerseits 380 Millionen Franken Mehreinnahmen erbrachten.

Wo so viel Sonne ist, gibt es aber auch Schatten. Die Eigenkapitalbasis ist nach wie vor schwach, und die Umsatzrendite beträgt lediglich 1,4 Prozent, die Kapitalrendite etwas bessere, aber immer noch nicht hervorragende 1,9 Prozent. Beides sind in Anbetracht der Grösse des Betriebes sicher äusserst bescheidene Werte. Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen betragen immer noch eine halbe Milliarde Franken und sind sowohl bei den Zeitungen wie auch beim Postautodienst auf ein zumutbares Mass zurückzuschrauben.

In diesem Zusammenhang finde ich es bedauerlich, dass der Zeitungsverlegerverband von einer vernünftigen Abmachung, die getroffen werden konnte, wieder zurücktritt. Zusätzlich, Herr Bundesrat, muss ich Ihnen sagen: Jetzt ist es endlich an der Zeit, diese Zahl der 6000 «Zeitungstitel», die diesen Titel nicht verdienen, drastisch zusammenzustreichen; sonst kommen wir nie auf einen grünen Zweig.

Auch der Personalabbau hinterlässt beim Personal seine Spuren, obwohl Entlassungen vermieden werden konnten.

Zuletzt noch ein Wort zur Gewinnablieferung an den Bund: Budgetiert war eine Ablieferung von 40 Millionen Franken, was an und für sich einen Eigenanteil am Gewinn von 150 Millionen Franken bedeutet hätte. Nun will aber Otto Stich 150 Millionen, und den PTT verbleiben so nur die 40 Millionen Franken. Bei allem Verständnis für die leere Bundeskasse gilt es zu verhindern, dass die Motivation des Personals allzustark beeinträchtigt wird.

Abschliessend gilt unser Dank dem gesamten Personal der PTT, vom Briefträger bis zum Generaldirektor.

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, die PTT-Rechnung 1993 zu genehmigen und der Gewinnverteilung zuzustimmen.

Theubet Gabriel (C, JU), rapporteur: Promesse tenue: les PTT sont sortis des chiffres rouges l'an dernier. Après trois années de déficit, le compte financier pour 1993 se solde par un bénéfice de 190 millions de francs pour un chiffre d'affaires de 13,6 milliards de francs. C'est mieux que prévu au budget. Malgré la récession, ce bon résultat a pu être obtenu grâce aux efforts soutenus d'économie et de rationalisation de la part des dirigeants de la régie et de son personnel, mais aussi à l'aide des ajustements de tarifs et de la réforme des structures de gestion.

Le cash-flow a progressé de 711 millions de francs, atteignant 3,2 milliards de francs. Sensiblement inférieurs à la moyenne, les investissements ont pu être entièrement financés par les fonds propres, ce qui est éminemment positif. Il y a donc lieu de relever, dans un contexte économique difficile, le résultat réjouissant de l'entreprise et de féliciter ceux qui en sont les artisans.

Ajoutons au passage que nous avons apprécié la nouvelle présentation du rapport de gestion.

Plusieurs points ont retenu l'attention de la Commission des finances: s'agissant du trafic postal, le ralentissement de l'activité économique s'est répercuté sur la demande de prestations postales. Nous ne pouvons qu'enregistrer ce phénomène. En outre, la poste a ressenti de façon accrue la pression de la concurrence dans le secteur des colis, mais elle a réagi à cette situation en améliorant ses prestations et en adaptant ses tarifs aux conditions du marché. Autre fait encourageant: une progression de 31 pour cent a été enregistrée pour les envois sans adresse.

Cependant, nous devons constater que les adaptations tarifaires ne sont pas toujours très bien accueillies par les utilisateurs et que, en l'occurrence, l'information joue un rôle capital, information qu'il convient d'intensifier si l'on veut faire comprendre la politique pratiquée, à défaut de la faire admettre.

Même constat dans le domaine des Télécom: suite au renchérissement de l'abonnement au téléphone et du coup de fil local, une certaine incompréhension, pour ne pas dire préoccupation de la part des usagers, s'est manifestée et le fait que de telles mesures peuvent influencer négativement la demande ne doit pas nous laisser indifférents.

Concernant les équipements, l'année écoulée a vu 173 constructions s'achever, dont 50 nouveaux bâtiments et 123 transformations importantes. La contraction de la demande et le recul de l'inflation ont permis d'adjuger les travaux à des conditions souvent avantageuses. Certains projets ont été redimensionnés ou reportés.

En conséquence, les PTT sont parvenus à réduire le volume des investissements de 685 millions de francs par rapport à 1992. La Sous-commission I s'est inquiétée de cette situation, d'autant plus que, l'année dernière, en pareille circonstance, un des rapporteurs avait demandé de maintenir l'accent sur les investissements tout en rappelant que, par une politique anticyclique, la régie apportait sa contribution à la relance économique. Or, les explications fournies à ce sujet tendent à relativiser les effets que l'on peut attendre d'une telle politique.

En ce qui concerne le personnel, les effectifs ont diminué en moyenne de 2,8 pour cent, soit de 1777 unités, par rapport à l'année précédente. C'est là l'issue inévitable des efforts de rationalisation et de libéralisation engagés par l'entreprise et auxquels notre Parlement a largement souscrit. La réalisation du programme d'optimisation des structures de gestion a entraîné une restructuration du secteur du personnel.

Fragestunde

Heure des questions

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.06.1994 - 14:30
Date	
Data	
Seite	973-986
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 129

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.